

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Künstliche Intelligenz

EU-Kommission spricht sich für weltweite Standards aus
>> 3

Terror der Hamas

Hilfen für Zivilbevölkerung im Gazastreifen aufgestockt
>> 4

Europäischer Forschungsrat

Starting Grants für deutsche Wissenschaftlerinnen
>> 6

SOLIDARITÄT

Von der Leyen sagt Ukraine weitere Unterstützung zu

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat der Ukraine im Kampf gegen Russland weiter die volle Solidarität der EU zugesichert. Die Präsidentin sagte Anfang November bei ihrem sechsten Besuch in Kiew seit Russlands Überfall auf das Land im Februar 2022: „Wir werden auch weiterhin einen gerechten und dauerhaften Frieden für die Ukraine unterstützen.“

Von der Leyen kündigte neue Sanktionen gegen Russland an, zudem soll die Umgehung der Handelsbeschränkungen strenger verfolgt werden. Vorgehen sei auch, eingefrorene russische Vermögenswerte in der EU in Höhe von rund 200 Milliarden Euro für den Wiederaufbau der Ukraine zu nutzen. Die EU-Kommission werde dazu bald einen Vorschlag vorlegen, wie sich das umsetzen lasse, kündigte von der Leyen in Kiew an.

[Kiew-Besuch mit Symbolkraft](#)



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen würdigte die Fortschritte der Beitrittskandidaten auf ihrem Weg in die EU.

© European Union 2023

ERWEITERUNGSPAKET

Historischer Tag für Ukraine, Republik Moldau, Bosnien und Herzegowina sowie Georgien

Die EU-Kommission hat sich in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau ausgesprochen. Zudem ist sie für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Bosnien und Herzegowina, wenn das Land weitere Bedingungen erfüllt. Georgien soll – auch gebunden an weitere Anstrengungen – der Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt werden. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach bei der Vorlage des Erweiterungspaketes von einem historischen Tag. Über die Vorschläge der EU-Kommission müssen die Mitgliedstaaten entscheiden.

Die Präsidentin hatte sich zuvor auf einer Reise durch mehrere Kandidatenländer zu einer Erweiterung der Europäischen Union bekannt und erklärt: „Wir befinden uns in einer Zeit globaler Turbulenzen und müssen deshalb die Einheit und die Sicherheit unseres Kontinents stärken. Und die Erweiterung ist der richtige Weg dahin.“

Derzeit zählt die Europäische Union acht Beitrittskandidaten: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Republik Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei und Ukraine. Georgien hat eine Beitrittsperspektive. Das Kosovo hat den Antrag gestellt, in die Europäische Union aufgenommen zu werden. In einem jährlichen Bericht prüft die EU-

Kommission die Fortschritte der Staaten auf ihrem Weg in die EU. Unter anderem wird festgehalten:

Ukraine: Dem Land wurde 2022 der Status des Beitrittskandidaten verliehen, verbunden mit sieben entscheidenden Reformschritten auf dem Weg in die EU. Von der Leyen sieht 90 Prozent der Empfehlungen umgesetzt. Bei einem Besuch in Kiew lobte sie das Tempo der bisher verwirklichten Modernisierungen, etwa im Bereich Justiz und der Besetzung der Richterinnen und Richter für das Verfassungsgericht: „Ich möchte Ihnen versichern, wie beeindruckt wir von den Reformen sind, die Sie mitten im Krieg umgesetzt haben. Wir sollten uns immer vor Augen führen, dass Sie einen existenziellen Krieg kämpfen.“

>>

“
Das Thema Erweiterung steht auf der Tagesordnung dieser Kommission ganz oben.
 Ursula von der Leyen,
 Präsidentin der EU-Kommission
 ”

Das Aufnahmeverfahren in Zahlen

8 Länder

erkennt die EU derzeit offiziell als Beitrittskandidaten an: Albanien, Republik Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei, Ukraine sowie Bosnien und Herzegowina. Georgien soll als Beitrittskandidat anerkannt werden. Kosovo hat einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU eingereicht.

Artikel 49

der Europäischen Verträge legt den Beitritt eines Landes zur EU fest. Demnach kann „jeder europäische Staat“ um eine Mitgliedschaft ersuchen. Voraussetzung: die Erfüllung „europäischer Werte“ wie zum Beispiel „Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit“.

35 Verhandlungskapitel

umfasst der Beitrittsvertrag, um vor der Mitgliedschaft von der Außen- über die Wirtschaftspolitik bis zur Rechtsstaatlichkeit Gesetze und Verwaltungskultur an den gemeinsamen Standard in der EU anzugleichen.

27 Mitgliedstaaten

entscheiden einstimmig über die Verleihung des Kandidatenstatus. Die EU-Kommission prüft zuvor die entsprechenden Voraussetzungen. Die EU-Staaten befinden sich auch einstimmig über die Aufnahme offizieller Beitrittsgespräche sowie die Aufnahme in die EU. Das Europäische Parlament muss dem Verfahren ebenfalls zustimmen.

>>

Im neuen Bericht erkennt die EU-Kommission einen substantiellen Fortschritt an und empfiehlt die Aufnahme von Beitrittsgesprächen.

▶ **Republik Moldau:** Das Land erhielt 2022 den Status Beitrittskandidat. Die EU-Kommission sieht einen wichtigen Fortschritt bei der Umsetzung der neun formulierten Modernisierungsziele und rät zum Start von Beitrittsverhandlungen. Der Bericht hält deutliche Fortschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Regierungsführung fest.

▶ **Bosnien und Herzegowina:** Das Land ist seit 2022 Beitrittskandidat, dieser Schritt hat nach Auffassung der EU-Kommission eine dringend benötigte positive Dynamik ausgelöst. In dem Bericht wird die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen benannt, etwa bei den Reformen des Justizsystems und des Wahlrechts. Sind die Kriterien erfüllt, können auch mit Bosnien und Herzegowina Beitrittsgespräche aufgenommen werden.

▶ **Georgien:** Das Land hat 2022 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der EU eingereicht, momentan hat es den Status „Beitrittsperspektive“. Um den nächsten Schritt gehen zu können, muss Georgien zwölf Reformprioritäten angehen und umsetzen. Die EU-Kommission erkennt Fortschritte an, sieht aber auch noch Einiges zu tun. Zum Beispiel würde „ein starker parteiübergreifender politischer Konsens dazu beitragen, der Polarisierung entgegenzuwirken und den europäischen Weg Georgiens zu beschleunigen“.

Die EU-Kommission wird im März 2024 eine Bilanz der weiteren Reformbemühungen in diesen vier Ländern vorlegen.

Insgesamt deckt der Bericht zehn Länder ab. Mit Albanien und Nordmazedonien könnten die Gespräche über den Kapitel-Cluster „Grundlagen“ noch in diesem Jahr aufge-

nommen werden, sagte von der Leyen zuletzt bei einem Besuch in den beiden Ländern. Mit Montenegro (seit 2012) und Serbien (seit 2014) wird bereits über einen EU-Beitritt verhandelt. Von der Leyen drängte zuletzt bei einem Besuch in *Belgrad* erneut auf eine Verständigung mit Kosovo: „Wir brauchen eine Normalisierung zwischen Serbien und dem Kosovo.“ Mit der Türkei ruhen die Gespräche seit 2018.

Die Präsidentin hatte bereits in ihrer diesjährigen *Rede zur Lage der Union* die Perspektive einer EU30+ skizziert. „Ich glaube, dass Europa auch mit mehr als 30 Staaten funktioniert“, erklärte die Präsidentin und fügte hinzu: „Wir haben bewiesen, dass wir eine geopolitische Union sein können und gezeigt, dass wir schnell vorankommen, wenn wir an einem Strang ziehen.“

Um die Beitrittsgespräche voranzubringen, hatten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten 2020 eine neue Struktur der Verhandlungen vereinbart. So sind Beitrittsgespräche künftig umkehrbar, falls keine Fortschritte erzielt werden oder Rückschritte in der Reformpolitik eines Kandidatenlandes erkennbar sind. Zudem können EU-Gelder ausgesetzt, Verhandlungen zu abgeschlossenen Kapiteln wieder aufgenommen oder die Gespräche ausgesetzt werden. Von der Leyen betonte: „Jedes Land hat seinen Weg in die Europäische Union selbst in der Hand.“ (pr)

Erweiterung



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Präsident Selenskyj Anfang November in Kiew.
 © European Union 2023

■ KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

EU-Kommission spricht sich für weltweite Standards aus

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich für globale Standards zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) ausgesprochen. Auf dem Bletchley Park KI-Sicherheitsgipfel sagte die Präsidentin: „Wir müssen KI-Sicherheitsstandards etablieren, die weltweit geachtet werden.“

So bedürfe es international anerkannter Verfahren, um die Sicherheit von KI-Anwendungen zu testen. Zudem brauche es ein einheitliches Vorgehen im Fall eines Missbrauchs von KI-Anwendungen. Auf der Tagung waren neben führenden Technologieunternehmen auch 30 Staaten vertreten. Von der Leyen hatte zuvor eine *Einigung* der G7-Länder über internationale Leitprinzipien für KI und einen freiwilligen Verhaltenskodex für KI-Entwickler mit unterschrieben. Bereits im Jahr 2021 hatte die EU-Kommission eine *Initiative zur Regelung von KI* vorgelegt, über die Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament derzeit abschließend beraten. Demnach gelten strenge Vorgaben für KI-Systeme mit einem hohen gesellschaftlichen Risiko wie etwa im Bereich der kritischen Infrastruktur, Strafverfolgung oder Medizin. KI-Entwicklungen,

die als klare Bedrohung für die Sicherheit, die Lebensgrundlagen und die Rechte der Menschen gelten, sollen untersagt werden. „Die EU ist mit ihrem Gesetz über künstliche Intelligenz ein Vorreiter dabei, die Risiken zu managen und zugleich die Vorteile zu nutzen“, sagte von der Leyen.

[KI-Gipfel](#)



© Shutterstock

■ SOLIDARITÄTSKAMPAGNE

Von der Leyen übergibt Schulbusse in der Ukraine

Bei ihrem Besuch in Kiew hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen weitere von der EU finanzierte Schulbusse an die Ukraine übergeben. Die Präsidentin sagte: „Die Kampagne ‚Schulbusse für die Ukraine‘ ist ein großer Erfolg.“ Insgesamt wurden seit Beginn der russischen Invasion im vergangenen Jahr rund 370 Schulbusse in die Ukraine gebracht. Rund 100 Busse im Wert von 14 Millionen Euro wurden von der EU-Kommission finanziert. Weitere Busse wurden gespendet, so in Deutschland von den Dortmunder Stadtwerken

und den Stadtwerken Tübingen. Durch Russlands Angriffskrieg wurden rund 2.800 Bildungseinrichtungen in der Ukraine beschädigt. 5,7 Millionen Kinder müssen deshalb teils lange Schulwege zurücklegen. „Der russische Krieg mag ihnen die Unschuld ihrer Kindheit geraubt haben“, sagte von der Leyen. „Doch er wird den Kindern nicht die helle und frohe Zukunft rauben, die sie verdienen.“

[Schulbus spende](#)

■ VERBRAUCHERSCHUTZ

Breton geht gegen Online-Händler AliExpress vor

Die EU-Kommission hat dem Onlinehändler AliExpress ein förmliches Auskunftersuchen übermittelt. Dabei geht es um die Verbreitung illegaler Produkte im Internet, wie beispielsweise gefälschte Arzneimittel. Grundlage ist das Gesetz über digitale Dienste – *Digital Services Act (DSA)*. Demnach muss das Tochterunternehmen des Anbieters Alibaba darüber Auskunft geben, wie es seinen Verpflichtungen zu Risikobewertungen und Risikominderung zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher im Internet nachkommt. EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton erläuterte: „Bei dem Gesetz über digitale Dienste geht

es nicht nur um Hassreden, Desinformation und Cybermobbing. Es soll auch sicherstellen, dass illegale oder unsichere Produkte, die in der EU über E-Commerce-Plattformen verkauft werden, entfernt werden.“ Dazu gehört auch die wachsende Zahl gefälschter und potenziell lebensbedrohlicher Medikamente und Arzneimittel, die online verkauft werden. AliExpress muss bis zum 27. November die Fragen der EU-Kommission beantworten.

[Online-Handel](#)

■ EUROPAWAHL

Einigung auf neue Regeln für politische Werbung im Netz

Vor der Europawahl im kommenden Juni haben sich Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament auf neue Bestimmungen für politische Online-Werbung verständigt. Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Werte und Transparenz, twitterte, Wahlen sollten nicht ein Wettbewerb an schmutzigen Tricks sein, sondern Wählerinnen und Wähler informieren und zur politischen Beteiligung ermuntern. Nach den neuen Vorschriften muss politische Werbung klar als solche gekennzeichnet sein und Informationen darüber enthalten, wer wieviel dafür bezahlt

hat, an welche Wahlen oder welches Referendum sie geknüpft ist und ob Techniken zur gezielten Werbung verwendet wurden. Untersagt ist zudem die Verwendung sensibler Daten wie Religionszugehörigkeit, politische Einstellung oder sexuelle Orientierung. Um Einfluss-Versuche von außen zu verhindern, ist das Sponsoring von Werbung durch Akteure außerhalb der EU in den drei Monaten vor den Wahlen verboten.

[Wahlwerbung](#)

Kommission erhöht Hilfe für Zivilbevölkerung im Gazastreifen auf 100 Millionen Euro

Die EU-Kommission hat ihre Hilfe für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen um weitere 25 Millionen Euro auf insgesamt 100 Millionen Euro aufgestockt. Das ist rund vier Mal so viel wie ursprünglich für dieses Jahr vorgesehen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte in ihrer Rede auf der EU-Botschafterkonferenz: „Unsere Union ist der größte humanitäre Geber für Gaza, und wir werden weiterhin alles tun, um die Not der Zivilbevölkerung zu lindern.“



Auf dem Flughafen im belgischen Ostende bringt die EU-Kommission Hilfsgüter für die Zivilbevölkerung in Gaza auf den Weg.

© European Union 2023

Von der Leyen betonte weiter: „Israel zu unterstützen ist unabdingbar. Auch die Hilfe für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen ist unabdingbar.“ Zugleich stellte die Präsidentin klar: „Die Hamas benutzt eindeutig unschuldige Palästinenserinnen und Palästinenser ebenso wie Geiseln als menschliche Schutzschilde. Das ist entsetzlich.“

Die Prioritäten der EU-Kommission nach dem Überfall der palästinensischen Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober:

▶ **Humanitäre Hilfe:** Die EU-Kommission erhöhte ihre Hilfe für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen von ursprünglich rund 28 Millionen Euro zunächst auf 75 Millionen Euro und sagte nun weitere 25 Millionen Euro zu. Die zusätzlichen Gelder werden für Hilfsflüge und -güter eingesetzt. Bis zum 7. November startete die EU-Kommission acht Flüge mit insgesamt rund 320 Tonnen Hilfsgütern von Lebensmitteln über Medikamente und medizinisches Material bis hin zu Kühlschränken. Janez Lenarčič, der für Krisenmanagement zuständige EU-Kommissar, betonte beim Start eines Hilfsflugs am belgischen Flughafen Ostende, die EU werde ihre Hilfe so lange wie nötig fortsetzen. Zugleich wiederholte er seine Forderung, die Lieferung humanitärer Hilfen in den Gazastreifen zu erleichtern. Es sei „zwingend erforderlich, dass ein vollständiger, uneingeschränkter und sicherer humanitärer Zugang zum Gazastreifen gewährt wird“, hatte Lenarčič bereits zuvor erklärt. Gemeinsam mit Mitgliedstaaten wie Zypern prüft die EU-Kommission auch neue logistische Wege über das Mittelmeer, um Hilfsgüter in den Gazastreifen zu bekommen.

▶ **Freilassung der Geiseln:** Von der Leyen erneuerte in ihrer Rede auf der EU-Botschafterkonferenz ihre Forderung, dass die Terrororganisation Hamas alle Geiseln, die sie seit dem 7. Oktober gefangen hält, ohne Vorbedingungen freilässt: „Jede Geisel zählt. Die Entführer müssen sie freilassen – und zwar sofort!“

▶ **Diplomatische Bemühungen:** Die Präsidentin war direkt nach dem Terrorangriff der Hamas nach Israel gereist, um dem Land ihre Solidarität zu bekunden. In zahlreichen Gesprächen in der Region, unter anderem mit Ägyptens Präsident Abdel Fattah el-Sisi und Jordaniens König Abdullah, setzte sich von der Leyen zugleich dafür ein, dass sich in der Region kein Flächenbrand entwickelt. Vor einem Treffen mit König Abdullah in Brüssel sagte sie: „Wenn es nicht zu einer Eskalation kommen soll, braucht es gemeinsame Anstrengungen und gemeinsame Zukunftsvisionen von Seiten der USA, der EU, der arabischen Länder, der Vereinten Nationen und anderer.“

▶ **Zwei-Staaten-Lösung:** „Während wir uns mit der dringlichen Krise von heute befassen, müssen wir zugleich über morgen nachdenken“, sagte von der Leyen auf der Botschafterkonferenz. Die Präsidentin betonte die europäische Tradition als Verfechter einer Zwei-Staaten-Lösung. Voraussetzung für eine Verständigung sei, „dass die Terrororganisation Hamas Gaza nicht kontrollieren oder regieren kann“, sagte von der Leyen und betonte: „Es sollte nur eine Palästinensische Behörde und einen palästinensischen Staat geben.“ Auch eine langfristige Präsenz Israels im Gazastreifen könne es nicht geben. Um die Sicherheit im Gazastreifen zu gewährleisten, werde auch eine UN-Friedensmission geprüft, so die Präsidentin.

Von der Leyen begrüßte darüber hinaus die ersten Ausreisen ausländischer Bürgerinnen und Bürger, von Verletzten sowie Mitarbeitern internationaler Organisationen mit ihren Familien aus dem Gazastreifen nach Ägypten. Zugleich rief sie zu weiterem Engagement auf: „Wir müssen weiterhin zusammenarbeiten, um unsere Anstrengungen zur Bewältigung der humanitären Krise im Gazastreifen noch zu intensivieren und unsere EU-Bürger nach Hause zu bringen.“ (pr)

Humanitäre Hilfe

EU-Kommission verurteilt antisemitische Übergriffe in Europa

Die EU-Kommission hat die Häufung antisemitischer Vorfälle in Europa verurteilt. In einer Erklärung heißt es: „Die Zunahme antisemitischer Vorfälle in ganz Europa hat in den letzten Tagen ein außergewöhnliches Ausmaß erreicht und erinnert an einige der dunkelsten Zeiten der Geschichte. In diesen schwierigen Zeiten steht die EU an der Seite ihrer jüdischen Gemeinden.“

Die EU-Kommission erwähnt in ihrer Stellungnahme auch den versuchten Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin. „Wir verurteilen diese verabscheuungswürdigen Taten auf das Schärfste. Sie richten sich gegen alles, wofür Europa steht“, heißt es in der Erklärung.

Eurostat liefert seit 70 Jahren Daten für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft

Die Bedeutung von Zahlen kann Mariana Kotzeva gut erklären. Die Generaldirektorin der europäischen Statistikbehörde Eurostat spricht vom „Wert der offiziellen Statistik als Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft“. Kotzeva steht seit fünf Jahren an der Spitze von Eurostat. In diesem Jahr feiert die Behörde ihr 70-jähriges Bestehen. In Zusammenarbeit mit den Statistikbehörden der Mitgliedstaaten sowie den entsprechenden Behörden der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz liefert Eurostat wichtige Daten und Zeitreihen – nicht allein für die Entscheidungsfindung in der Politik, sondern auch für Unternehmen, Forschung und Öffentlichkeit.



Eurostat-Generaldirektorin Mariana Kotzeva

© Simon Pugh Photography

Von A wie Autobahnkilometer – Deutschland liegt mit 13.155 Kilometern auf Rang 2 in der EU hinter Spanien (15.860 km); Lettland und Malta liegen am anderen Ende der Skala (beide 0) – bis Z wie Zahnarztbesuche pro Jahr – Rang 1 Ungarn (3,1 Besuche pro Kopf der Bevölkerung), Deutschland rangiert hinter Tschechien, Frankreich und Italien auf Platz 5 (1,60 Besuche).

Soweit die Zahlen. Eurostat macht aus der Vielfalt der Daten vergleichbare Grundlagen für Politik, Unternehmen, Forschung und Öffentlichkeit. Kotzeva sagt, die amtliche Statistik bildet die „Quelle unabhängiger, objektiver und vertrauenswürdiger Informationen sowie eine Entscheidungshilfe für Organisationen, Unternehmen und Bürgerschaft“.

Auf der [Eurostat-Homepage](#) finden sich tagesaktuell neue Datenauswertungen zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Europa, entsprechende Links führen zu weiteren Zahlenreihen. Die Statistiken sind nicht nur für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wichtig – sie betreffen alle, denn sie bieten Antworten auf Fragen des alltäglichen Lebens: Entwickelt sich die Gesellschaft in die Richtung, welche die Politiker versprochen haben? Ist die Arbeitslosigkeit gestiegen oder gefallen? Sind die CO₂-Emissionen höher als vor zehn Jahren?

Zum Jubiläum hat Eurostat sein [Statistisches Jahrbuch](#) mit Vergleichszahlen und Kennziffern zum Leben in den europäischen Regionen aktualisiert. Ein Blick auf die Statistik und Besonderheiten in Deutschland in fünf Zahlen:

446,7 Millionen Menschen lebten 2022 in der EU. Mit einem Median-Alter von 37,2 Jahren stellt Heidelberg die achtjüngste Region in Europa. Platz 1 nimmt die französische Überseeregion Mayotte (18,1 Jahre) ein, jüngste Region in Kontinentaleuropa ist Kopenhagen (33,9 Jahre). Der Median ist in der Statistik der Wert, der in der Mitte einer Zahlenkolonne steht.

55,4 Jahre beträgt das Median-Alter in Suhl. Damit stellt die Region die viertälteste Bevölkerung in der EU – auf Rang 1 liegt die Region Alto Tâmega in Norden Portugals mit 56,2 Jahren. Der EU-Durchschnitt beträgt 44,4 Jahre. Unter den Regionen in Europa mit dem höchsten Altersschnitt sind neben Suhl fünf weitere Regionen in Ostdeutschland vertreten: die Landkreise Spree-Neiße, Mansfeld-Südharz und Altenburger Land sowie die Städte Greiz und Dessau-Roßlau liegen jeweils über einem mittleren Alter der Bevölkerung von 55 Jahren.

7,9 Prozent beträgt die Quote der Beschäftigten in der pharmazeutischen und chemischen Industrie an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Rheinhessen-Pfalz. Damit weist die Region zwischen Ludwigshafen, Mainz und Ingelheim EU-weit den höchsten Beschäftigtenanteil im pharmazeutisch-chemischen Sektor auf. Mit einem Wachstum von 14,6 Prozent im ersten Jahr nach der Coronapandemie hatte die Region 2021 zudem das fünfkräftigste Wachstum unter den EU-Regionen. Der EU-Durchschnitt lag bei 5,4 Prozent.

24,8 Millionen Fluggäste zählte die Region Rhein-Main im Jahr 2021. Das ist die dritthöchste Zahl in der EU nach dem Großraum Paris (41,9 Millionen Passagiere) und Nord-Holland/Amsterdam (25,5 Millionen Flugreisende).

34,1 Prozent der Bevölkerung Bremens im Alter zwischen 16 und 74 Jahren nutzt soziale Netzwerke wie X (ehem. Twitter) und Facebook. Das ist der niedrigste Wert in Europa. EU-weit liegt die durchschnittliche Nutzerquote bei 58,2 Prozent. Am eifrigsten unterwegs auf X, Instagram & Co. ist die Bevölkerung in Dänemarks Hauptstadtregion Kopenhagen mit 86,3 Prozent.

Eurostat unterstützt mit seinen Zahlen alle Institutionen der EU und untersteht EU-Kommissar Paolo Gentiloni. Die Behörde wurde 1953 gegründet und hat ihren Sitz in Luxemburg. Zweimal wurde Eurostat in den 70 Jahren des Bestehens von Experten aus Deutschland geführt: Gründungsdirektor bis 1966 war Rolf Wagenführ; Walter Radermacher leitete Eurostat von 2008 bis 2016. (pr)

[Interaktive Statistikkarte der Regionen](#)

Der Europäische Forschungsrat stärkt Wissenschaftlerinnen in Deutschland

Rasant ging es in der wissenschaftlichen Karriere von Silvia Budday gern mal zu. Im Maschinenbaustudium schrieb sie ihre Bachelor-Arbeit über die Konstruktion von Achterbahnen. Später entdeckte sie ihre Leidenschaft für Filigraneres: die Biomechanik. Die Forschungsergebnisse der Professorin für Kontinuumsmechanik an der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg können in der Medizin schwierige Eingriffe erleichtern, etwa bei Hirnoperationen.



Silvia Budday von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg forscht auf dem Gebiet der Biomechanik.

© Studioonline

In den kommenden Jahren kann Budday ihre Forschungsarbeiten mit einem Starting Grant des Europäischen Forschungsrats (ERC) vorantreiben. Von den 400 in dieser Runde geförderten ERC-Starting Grants werden 87 in Deutschland unterstützt, wie etwa das von Silvia Budday. Das ERC-Stipendium ermöglicht es Budday, mechanische Messmethoden mit Multiphotonenmikroskopie zu kombinieren. Maria Leptin, Präsidentin des Europäischen Forschungsrats und Professorin am Institut für Genetik der Universität zu Köln, sagt: „Es ist Teil unserer Mission, Nachwuchstalente die Unabhängigkeit zu geben, ehrgeizige, von Neugier getriebene Forschung zu betreiben, die unsere Zukunft gestalten kann.“

In den vom ERC geförderten Forschungsvorhaben in Deutschland geht es etwa konkret um:

▶ Biomechanik: Hinter Silvia Budday im Besprechungsraum hängt die große Abbildung eines Gehirns. Die Forscherin klopft kurz auf den Tisch und erläutert: „Wenn ich hier draufdrücke, verformt sich nichts.“ In ihren Forschungen untersucht Budday den Einfluss von mechanischen Belastungen auf weiches Gewebe wie das im Gehirn. „Ein Gehirn ist weicher als Wackelpudding“, sagt die Forscherin. Vereinfacht gesagt ermittelt Budday, wie diese wackelige Masse auf Druck von außen reagiert. Buddays Ziel: Chirurginnen und Chirurgen die Arbeit erleichtern. Die mathematischen Modellierungen, die Budday und ihr Team erstellen, können über Computermodelle in Virtual-Reality- und Augmented-Reality-Lösungen eingespeist werden. Ärztinnen und Ärzte können so ihre Eingriffe am Modell trainieren. In einem weiteren Schritt soll die Software so weit verfeinert werden, dass das Verfahren während einer OP Live-Daten über eine eventuell zu hohe Belastung auf das Gewebe liefert. Die neue Metho-

de kann nicht allein für Hirnoperationen eingesetzt werden, sondern auch für andere Gewebe. „Da geht vieles“, sagt Budday.

▶ Digital Humanities: Die Historikerin Saskia Limbach nutzt neue Methoden für die Geschichtswissenschaften. „Die in der Informatik entwickelten Tools können für die Geisteswissenschaften sehr gewinnbringend sein, und die Digital Humanities bringen beide Bereiche zusammen“, sagt Limbach über den Vorteil computergestützter Methoden, etwa bei der Auswertung von Archivmaterial. Die Historikerin der Georg-August-Universität in Göttingen forscht mit ihren ERC Starting Grants zur Wirtschaftsgeschichte im 16. Jahrhundert. „Widows in the Growing Print Industry“, lautet der Titel des Forschungsprojekts. Limbach erläutert: „Es gab ab 1550 eine auffallend hohe Anzahl von Witwen, die eine Druckerei fortführten und damit den Familienbetrieb sicherten.“ Die Ergebnisse liefern neue Erkenntnisse zur Auswirkung des durch den Buchdruck ausgelösten, rasanten wirtschaftlichen Wandels auf die Rechte und Handlungsspielräume von Frauen.

Mit der Förderung der ERC Starting Grants von bis zu 1,5 Millionen Euro können junge Forscherinnen und Forscher ihre unabhängige Karriere starten und ein eigenes Team zur Spitzenforschung aufbauen. Insgesamt stellt der ERC rund 628 Millionen Euro für diese Förderlinie zur Verfügung. In diesem Jahr gingen rund 43 Prozent der Starting Grants an Forscherinnen wie Limbach und Budday, ein Plus von vier Punkten im Vergleich zum Vorjahr. Budday verweist zugleich auf einen wichtigen Aspekt der EU-Förderung: Der Zeitraum für die Beantragung eines ERC Grants verlängert sich im Fall einer Schwangerschaft automatisch. „Das erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Forschung enorm.“ (pr)

[Förderung für junge Forschende](#)

Europäische Spitzenforschung in Zahlen

16 Milliarden Euro stehen im EU-Haushalt 2021 bis 2027 bereit für Fördervorhaben des Europäischen Forschungsrats – European Research Council (ERC). Unterstützt werden Forschende jeder Altersstufe, die ihre Projekte in Europa durchführen. Zu den Geförderten zählen auch Ugur Sahin, Gründer des Mainzer Pharmaunternehmens BioNTech, sowie die diesjährigen Nobelpreisträger für Physik Anne L'Huillier und Ferenc Krausz.

43 Prozent der diesjährigen Starting Grants gingen in diesem Jahr an Wissenschaftlerinnen, das sind vier Prozentpunkte mehr als 2022.

58.000 Forschungsvorhaben für ERC Starting Grants wurden seit Beginn der Ausschreibungen 2007 eingereicht. 40 Prozent der Forschungsanträge für diese Förderlinie kamen in diesem Jahr von Forscherinnen, zehn Prozentpunkte mehr als zu Beginn der Förderrunden.

Europa in Zahlen

31,3

Prozent der jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 34 Jahren in Deutschland leben noch bei ihren Eltern. Das liegt weit unter dem EU-Durchschnitt von 49,4 Prozent, wie aus der neuen Übersicht der Statistikbehörde Eurostat zu den Lebensumständen in Europa hervorgeht. Geringer ist die Zahl der Zuhausewohnenden nur in den skandinavischen Ländern Schweden (12, 5 Prozent), Dänemark (15,5 Prozent) und Finnland (16,7 Prozent). Den höchsten Anteil an jungen Menschen, die noch daheim mit ihren Eltern leben, verzeichnen die EU-Staaten Kroatien (78,2 Prozent), Griechenland (71,9 Prozent) und Slowakei (71,2 Prozent). In einer früheren *Untersuchung* hatte Eurostat bereits darauf hingewiesen, dass der Auszug aus dem Elternhaus von vielen Faktoren abhängt, wie etwa materielle Unabhängigkeit, Umzug wegen Ausbildung und Studium oder Lage auf dem Wohnungsmarkt.

Leben in Europa

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 13.11.2023 17.00–18.30 Uhr	„Navigating the future. German-Polish relations in 2023 and beyond“ Bürgerdialog Veranstalter: EuropaUnion Deutschland	Online	www.europa-union.de/buergerdialoge/veranstaltungen/citizens-dialogue-german-polish-relations/13112023-german-polish-relations
> 14.11.2023 19.00–20.30 Uhr	„Gemeinsam über Grenzen hinweg – Der grenzüberschreitende ÖPNV im Fokus“ Vortrag Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen	Grashaus Fischmarkt 3 52062 Aachen	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/europa-am-dienstag/grenzu-eberschreitender-oepnv
> 15.11.2023 18.00–20.30 Uhr	„Europa zwischen den Stühlen – Wie schaffen wir gemeinsam Sicherheit?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik	Zeche Carl Wilhelm-Nieswandt-Allee 100 45326 Essen	www.europatermine.de/europa-terminen/termin/29114
> 16.11.2023 15.00–18.00 Uhr	„Strategic Lawsuits Against Public Participation“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsches No SLAPP Bündnis	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://germany.representation.ec.europa.eu/events/informationsveranstaltung-des-deutschen-no-slapp-buendnisses-2023-11-16_de
> 22.11.2023 18.00–20.30 Uhr	„Fake News oder Fakten – Wie gehen wir gegen Desinformation vor?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik	Lensing-Carree Conference Center Silberstraße 21 44137 Dortmund	www.europatermine.de/europa-terminen/termin/29115
> 23.11.2023 15.00 Uhr	„70 Jahre Unionsrecht – eine Union für die Bürgerinnen und Bürger“ Buchvorstellung und Paneldiskussion Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.eventbrite.de/e/buchvorstellung-70-jahre-unionsrecht-tickets-
> 01.12.2022 11.30–13.00 Uhr	„Wie kann die energetische Gebäudesanierung verbraucherfreundlich gestaltet werden?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Verbraucherzentrale Bundesverband, Europäische Kommission	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://artecom.regasus.de/online/begin;jsessionid=PjBCPrm_k5r05kyQ6J_z-qlH_Abs_EdOn-f9LM5mb.cce6e3540cbb

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de <<

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ KREATIVES EUROPA

Unterstützung für kulturelle Zusammenarbeit

Aufstrebende Künstlerinnen und Künstler, Orchester und Zusammenarbeit von Kulturorganisationen: Mit dem Aufruf für Europäische Kooperationsprojekte 2024 unterstützt die Europäische Kommission Kulturprojekte, in denen Organisationen aus mindestens drei verschiedenen Ländern zusammenarbeiten und europäische Lösungen für aktuelle Herausforderungen finden. Rund 60 Millionen Euro sollen in mindestens 130 Projekte zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit kultureller Organisationen fließen. Mehr als 47 Millionen Euro stehen für die Entwicklung von etwa 15 Plattformen für junge Kunstschaffende bis 2027 zur Verfügung.

Jede dieser Plattformen wird mindestens 50 Nachwuchskünstler pro Jahr unterstützen, die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen verbessern und das Engagement des Publikums fördern. Eine neue Initiative mit der Bezeichnung „Paneuropäische Kultureinrichtungen“ zielt insbesondere auf die Unterstützung von Orchestern mit großer geografischer Reichweite. Die Bewerbungsfristen für alle drei Aufforderungen enden im Januar 2024.

[Kreatives Europa](#)



© mimohe / Shutterstock.com

■ FÖRDERUNG DER MEDIENKOMPETENZ

Gegen Desinformation und Fake News

Zunehmende Desinformation oder Falschmeldungen in den sozialen Medien erschweren es den Bürgerinnen und Bürgern, Online-Informationen zu verarbeiten und vertrauenswürdige Quellen von irreführenden Nachrichten zu unterscheiden. Die EU fördert die Medienkompetenz der Menschen, 2 Millionen Euro stehen für Projekte bereit, die grenzüberschreitend entsprechende Strategien und Praktiken in Europa voranbringen. Berücksichtigt wird das aktuelle Nutzerverhalten der verschiedenen Altersgruppen. Konkret werden Best Practices erarbeitet und geteilt, Weiterbildungen, innovative Ansätze und Toolkits erstellt und verbreitet. Auch Technologien wie KI werden einbezogen.

Bewerben können sich Konsortien von Antragspartnern aus mindestens drei verschiedenen Ländern, die am Programm Kreatives Europa teilnehmen. Sowohl Profit- als auch Non-Profit-Organisationen, internationale Universitäten und Bildungseinrichtungen, Start-Ups und Unternehmen können Förderung beantragen. Einreichtermin ist der 7. März 2024.

[News-Media Literacy](#)

■ SCHULWETTBEWERB YES!

Ideen der nächsten Generation gefragt

Bis Mitte Dezember ist die Anmeldung für den Schulwettbewerb YES! – Young Economic Solutions 2024 – geöffnet. Young Economic Solutions ist ein Schulwettbewerb zu ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Fragestellungen. YES! öffnet Türen für die Ideen der nächsten Generation und gibt Schülerinnen und Schülern die Chance, eigene Ideen in Zusammenarbeit mit Forschenden zu formulieren.

Die Teilnehmer können ihre Ideen im Rahmen einer großen Konferenz präsentieren und mit anderen Schulteams diskutieren. Darüber hinaus lernen die Jugendlichen beim YES! nicht nur wissenschaftliche Institute und Forschende kennen, sondern kommen darüber hinaus mit Fachleuten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ins Gespräch. Der Wettbewerb wird vom Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft in Kooperation mit der Joachim Herz Stiftung ausgerichtet.

[Young Economic Solutions](#)

■ DIGITALE AUSTAUSCHPROJEKTE ERPROBEN

Europaweites Networking für Lehramts-Studierende

Vernetzen, austauschen, Projekte starten – das alles ist für Schulklassen und Lehrkräfte in Europa durch eTwinning auch digital möglich. Damit sich angehende Lehrkräfte bereits während ihrer Ausbildung mit den verschiedenen Möglichkeiten der digitalen Vernetzung über eTwinning vertraut machen können, wurde die Initiative eTwinning for Future Teachers gestartet.

Ein Videoclip und eine vom Pädagogischen Austauschdienst (PAD) herausgegebene Broschüre informieren über die Initiative und geben Anregungen, wie digitale Austauschprojekte in die Ausbildung künftiger Lehrkräfte integriert werden können. Die Broschüre kann [hier](#) bestellt oder als PDF heruntergeladen werden.

[eTwinning for Future Teachers](#)



© KMK-PAD